

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzung: Dienstag, 28.05.2024

Ort: BraWoPark Business Center III - Konferenzräume 2-4, Willy-Brandt-Platz 13,
38102 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 19:37 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Matthias Disterheft - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Herr Thorsten Köster - CDU

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

bis 18:36 Uhr

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

bis 18:35 Uhr

Herr Stefan Wirtz - AfD

sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - CDU

bis 18:24 Uhr

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

bis 19:06 Uhr

Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD

Herr Torsten Busch - Behindertenbeirat Braunschweig

Vertretung für: Herrn Aytekin Demirbas

Herr Christian Holste - Polizeiinspektion Braunschweig

bis 19:06 Uhr; Vertretung für: Herrn Uwe Mickler

Gäste

Herr Udo Meyer - ATUS GmbH

Herr Frank Brandt - Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III
Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII
Herr Dirk Franke - FBL 65
Herr Stephan Kühl - FBL 60
Frau Bianca Winter - RefL 0600
Herr Burkhard Wiegel - FBL 66
Frau Amrit Bruns - StL 66.24
Herr Detlef Pottgießer - StL 66.21
Herr Thomas Pust - RefL 0300
Frau Katja Sellmann - stv. RefL 0600
Herr Timo Weichsler - RefL 0660

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600
Frau Pauline Becker - Ref. 0600

Abwesend

weitere Mitglieder

Herr Mathias Möller - FDP entschuldigt

sachkundige Bürger

Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE	entschuldigt
Herr Oskar Schwarz - CDU	entschuldigt
Herr Shivam-Ortwin Tokhi - SPD	entschuldigt
Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig	entschuldigt
Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig	entschuldigt
Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig	entschuldigt

Verwaltung

Frau Katja Langer - RefL 0650 entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
 - 2 Mitteilungen
 - 2.1 Mobilitätsentwicklungsplan - Mündlicher Bericht
 - 2.2 5. Kompaktbericht zum Umsetzungsstand des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" 24-23697
 - 2.3 Ergänzungsvereinbarungen mit der EEW - thermische Restabfallverwertung 24-23837

2.4	Mündliche Mitteilungen	
3	Anträge	
3.1	Regelmäßige Veröffentlichung der vollständigen Trinkwassermesswerte durch BS Energy	24-23685
3.1.1	Regelmäßige Veröffentlichung der vollständigen Trinkwassermesswerte durch BS Energy	24-23685-01
4	Einrichtung einer E-Lademöglichkeit für Busse sowie eines Fahrer-WC an der Endhaltestelle Eutschenwinkel	24-23727
4.1	Einrichtung einer E-Lademöglichkeit für Busse sowie eines Fahrer-WC an der Endhaltestelle Eutschenwinkel	24-23727-01
5	Verzicht auf Planfeststellung für die signalisierte Querung der Stadtbahntrasse und das Versetzen der Fahrleitungsmaste am Hagenmarkt	24-23653
6	Hagenmarkt Neugestaltung des Platzbereiches um den Heinrichsbrunnen und Umbau der Kreuzung (Hagenbrücke, Wendenstraße, Fallersleber Straße, Bohlweg)	24-23733
7	Anpassung Magniviertel: städtebauliche und verkehrliche Aufwertung	24-23511
8	Neubau der DB-Verkehrsstation in Bienrode	24-23643
9	Mobilitätsentwicklungsplan - Strategische Hauptnetze	24-23510
9.1	Mobilitätsentwicklungsplan - Strategische Hauptnetze - Änderungsantrag	24-23510-01
10	Anfragen	
10.1	Status Stadtbahnausbaukonzept: Einsatz von 2,65 m breiten Fahrzeugen auf 1100 mm Spurweite	24-23794
10.1.1	Status Stadtbahnausbaukonzept: Einsatz von 2,65 m breiten Fahrzeugen auf 1100 mm Spurweite	24-23794-01
10.2	Mobilitätsentwicklungsplan - Strategische Hauptnetze: Velorouten und Hauptverbindungsnetz Radverkehr	24-23791
10.2.1	Mobilitätsentwicklungsplan - Strategische Hauptnetze: Velorouten und Hauptverbindungsnetz Radverkehr	24-23791-01
10.3	Mobilitätsentwicklungsplan - Strategische Hauptnetze: Rad-schnellwege, Velorouten und Fahrradstraßen	24-23795
10.3.1	Mobilitätsentwicklungsplan - Strategische Hauptnetze: Rad-schnellwege, Velorouten und Fahrradstraßen	24-23795-01

10.4	Mobilitätsentwicklungsplan: Hauptnetze für Radverkehr, ÖPNV und MIV	24-23797
10.4.1	Mobilitätsentwicklungsplan: Hauptnetze für Radverkehr, ÖPNV und MIV	24-23797-01
10.5	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie informiert, dass Ratsherr Möller, Bürgermitglied Schroth und Frau Salbert entschuldigt fehlen, Herr Mickler durch Herrn Holste und Herr Demirbas durch Herrn Busch vertreten wird.

Als Guest der Sitzung begrüßt die Ausschussvorsitzende Herrn Meyer (Gutachter, ATUS GmbH), der zu den TOPs 2.3 (Ergänzungsvereinbarungen mit der EEW - thermische Restabfallverwertung) und 13 teilnimmt.

Zur Tagesordnung schlägt Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth vor, die Mitteilung 24-23837 (TOP 2.3) und die Beschlussvorlage 24-23739 (TOP 13) aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs nacheinander zu behandeln und für die Beratung des nichtöffentlichen TOPs 13 vorübergehend die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs sollen zudem die Beschlussvorlage 24-23510 (TOP 9) und die Anfragen 24-23791, 24-23795 und 24-23797 gemeinsam behandelt werden. Die Ausschussvorsitzende kündigt überdies an, dass die nichtöffentliche Beschlussvorlage 24-23752 (TOP 14.1) von der Verwaltung zurückgezogen wurde.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Mitteilungen

2.1. Mobilitätsentwicklungsplan - Mündlicher Bericht

Zum Sachstand Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) berichtet Stadtbaurat Leuer über das Handlungskonzept, den Endbericht sowie die Evaluation. Die Modellrechnung werde derzeit durchgeführt. Die beteiligten Arbeitsgruppen sollen zum aktuellen Stand im MEP-Prozess informiert werden. Ein gemeinsames Beteiligungsformat mit den Arbeitsgruppen ist vorgesehen, um die Ergebnisse aus der intensiven Arbeitsphase zu zeigen und zu diskutieren. Anschließend soll der MEP-Endbericht finalisiert werden.

Ziel der Verwaltung ist, den Gremien noch in diesem Jahr den MEP zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ergebnis:

Der mündliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2.2. 5. Kompaktbericht zum Umsetzungsstand des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig"

24-23697

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Mitteilung 24-23697.

Ratsfrau Jalyschko bedauert zum Ausbauziel bis 2030, dass im Betrachtungszeitraum keine entsprechenden Maßnahmen („Braunschweiger Standard“) fertiggestellt wurden, da Maßnahmen zur Schaffung und Verbesserung der Infrastruktur für sie das Herzstück der Radverkehrsförderung sind.

Herr Wiegel informiert auf Nachfrage von Ratsherr Kühn zum Standard für Fahrradstraßen, dass das mit der Überprüfung beauftragte Büro für die vorzuschlagenden Maßnahmen Kosten benennen soll. Aktuell sind diese Kosten deshalb noch nicht im Haushalt eingeplant.

Ratsherr Dr. Plinke regt im Kontext der Beinahe-Unfälle an, im Rahmen der Kampagne „Was stoppt dich...?“ die von Radfahrenden gemeldeten Gefahrenstellen in die Arbeit der Verkehrsunfallkommission einzubeziehen. Zur angestrebten Einführung einer Mobilitäts-App ist aus seiner Sicht die Nutzung einer bereits vorhandenen App im Rahmen einer Kooperation der Entwicklung einer eigenen App vorzuziehen. Darüber hinaus trägt er seine dringende Bitte vor, die Verwaltung möge künftig einen ausdrücklichen Hinweis geben, wenn Maßnahmen nicht in den Haushalt eingestellt werden können und auf Haushaltsvorbehalte zu verzichten.

Auf Nachfrage von Ratsherr Köster bestätigt Stadtbaudirektor Leuer, dass Änderungen am Ziele- und Maßnahmenkatalog möglich sein werden, da dieser über einen längeren Zeitraum umgesetzt wird und in diesem Zeitraum z. B. denkbare Änderungen in den Radverkehrsrichtlinien umzusetzen sind.

Ratsfrau Kluth trägt ihre Erwartung vor, dass die Umsetzung konkreter Maßnahmen des Ziele- und Maßnahmenkatalogs im Stadtgebiet sichtbar wird. Wesentlich ist aus ihrer Sicht, dass Maßnahmen für die Verkehrssicherheit auch bei der Umsetzung eine hohe Priorität haben. Darüber hinaus kündigt Ratsfrau Kluth der Verwaltung die Übersendung weiterer Fragen zum Ziele- und Maßnahmenkatalog im Nachgang der Sitzung an.

Ergebnis:

Die Mitteilung 24-23697 wird zur Kenntnis genommen.

2.3. Ergänzungsvereinbarungen mit der EEW - thermische Restabfallverwertung

24-23837

Stadtbaudirektor Leuer und Herr Meyer erläutern die Mitteilung 24-23837.

Stadtbaudirektor Leuer erklärt in Bezug auf die von Bürgermitglied Dr. Wendenburg angemahnte Umsetzung der Gremienbeschlüsse zum Abfallwirtschaftskonzept, dass es in der aktuellen vertraglichen Situation noch der Klärung einzelner Fragen bedarf. Daran anschließend erfolge die Umsetzung der Beschlüsse durch die Verwaltung.

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Dr. Wendenburg berichtet Herr Weichsler über die beauftragte Restabfallanalyse, die voraussichtlich noch in diesem Jahr abgeschlossen werde und eine Auswertung nach der Höhe des CO₂-Anteils ermögliche. Bis die Restabfallanalyse vorliegt, wird die Verwaltung weiterhin mit einem Standardemissionsfaktor arbeiten.

Herr Meyer ergänzt, dass die mengenmäßigen Auswirkungen von Abfallvermeidungsmaßnahmen bedauerlicherweise sehr gering sind.

Auf Nachfrage von Ratsherr Tegethoff zur Entwicklung der Restabfallmenge informiert Herr Weichsler über einen leichten Rückgang der Restabfallmenge in den letzten Jahren, der u.a. auf Effekte wie die Corona-Pandemie zurückzuführen sei. Für die kommenden Jahre geht er

von einem unveränderten Umfang der aktuellen Restabfallmenge aus.

Ratsherr Köster erinnert mit Nachdruck an den im Jahr 2018 im Rat beschlossenen Änderungsantrag 18-07933, wonach die Politik bei dem durch die Verwaltung zu erstellenden Abfallwirtschaftskonzept (AWIKO) von Anfang an sowie im weiteren Verlauf kontinuierlich einzbezogen wird. Er hat daher die Erwartung, dass die Verwaltung die vom Rat an sie gerichteten Aufträge einhält.

Ratsherr Tegethoff verweist darauf, dass die Preisgleitklausel ab dem Jahr 2025 wieder greifen soll. Aus seiner Sicht solle mit der vorgelegten Ergänzungsvereinbarung nur sichergestellt werden, dass mit diesem langfristigen Vertrag zum Nachteil der Stadt Braunschweig ein Gewinn für die EEW GmbH auch für das Jahr 2024 entsteht.

Stadtbaurat Leuer erachtet die Aussage, dass die Ergänzungsvereinbarung zu einem Nachteil für die Stadt führt, als unzutreffend und erläutert den in der Mitteilung 24-23837 dargelegten Sachverhalt und das Ergebnis der zur Prüfung hinzugezogenen Rechtsanwaltskanzlei. Den Vertrag zwischen der Stadt und der EEW GmbH hält er unter Beachtung des als extrem niedrig einzustufenden Entsorgungspreises weiterhin für absolut richtig.

Protokollnotiz: Im Anschluss an die Behandlung der Mitteilung 24-23837 stellt Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her, um mit der Beratung der nichtöffentlichen Vorlage 24-23739 fortzufahren.

Ergebnis:

Die Mitteilung 24-23837 wird zur Kenntnis genommen.

Nichtöffentlicher Teil:

13. Ergänzungsvereinbarungen mit der EEW - thermische Restabfallverwertung 24-23739

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 24-23739 ein.

Auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke zu Vertragsklauseln über Mindestabnahmemengen im Entsorgungsvertrag erklärt Stadtbaurat Leuer, dass keine Mindestabnahmemengen festgelegt wurden, die die Stadtverwaltung als Vertragspartnerin in den nächsten Jahren unterschreiten könnte.

Ratsherr Kühn vertritt für die SPD-Fraktion die Auffassung, dass die Verwaltung sehr verantwortungsvoll handelt und hebt das gewählte Vorgehen lobend hervor. Im Falle einer Neu-ausschreibung wäre nach seiner Erwartung kein ebenso günstiger Entsorgungspreis zu erzielen.

Stadtbaurat Leuer erklärt auf Nachfrage von Bürgermitglied Dr. Wendenburg, dass ab 2025 wieder auf die Preisgleitklausel zurückgegriffen wird, die sich im Frühjahr 2024 bildet und damit für 2025 noch ein relativ geringer Entsorgungspreis möglich sein wird.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage 24-23739 abstimmen.

Protokollnotiz: Im Anschluss an die Abstimmung über die Vorlage 24-23739 stellt Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her. Die Sitzung wird mit der Behandlung von TOP 2.4 (Mündliche Mitteilungen) fortgesetzt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt die in der Vorlage beschriebenen Vertragsergänzungen

- Anpassung des Entsorgungsentgeltes für die thermische Abfallverwertung für das Jahr 2024 auf einen Preis in Höhe von 47 €/Mg Netto
 - Umsetzung der BEHG-Regelung für die thermische Abfallverwertung mit der Weitergabe der durch die CO₂-Besteuerung entstehenden Kosten an die Stadt Braunschweig

zu dem Vertrag der thermischen Restabfallverwertung zwischen der Stadt und der Energy from Waste GmbH (EEW) abzuschließen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

Öffentlicher Teil:

2.4. Mündliche Mitteilungen

Stadtbaudirektor Leuer informiert über die außerhalb von Sitzungen ergangene Mitteilung „Einrichtung einer E-Lademöglichkeit für Busse in der Wilhelmstraße“ (24-23552). Im Gegensatz zur Beschlussvorlage „Einrichtung einer E-Lademöglichkeit für Busse sowie eines Fahrer-WC an der Endhaltestelle Eutschenwinkel“ (24-23727; s. TOP 9) wurde beim Standort Wilhelmstraße aufgrund der hier überwiegend verkehrlich geprägten Umgebung die Vorlagenart Mitteilung gewählt.

3. Anträge

- | | |
|---|--------------------|
| 3.1. Regelmäßige Veröffentlichung der vollständigen Trinkwasser-
messwerte durch BS Energy | 24-23685 |
| 3.1.1. Regelmäßige Veröffentlichung der vollständigen Trinkwasser-
messwerte durch BS Energy | 24-23685-01 |

Ratsfrau Arning bringt den Antrag 24-23685 ein und begründet diesen. Sie begrüßt die bereits erfolgte Veröffentlichung der Analyseergebnisse für das Mischwasser durch BS|Energy. Entsprechende Daten zu Avacon-Wasser Börßum fehlten jedoch weiterhin.

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Stellungnahme 24-23685-01. Dem Antrag 24-23685 werde aus seiner Sicht durch BS|Energy hinreichend Rechnung getragen. Er bittet um Verständnis, dass die Förderbrunnen Halchter-Ohrum und Börßum-Heiningen aufgrund der fehlenden Relevanz für die Braunschweiger Trinkwasserversorgung nicht berücksichtigt wurden.

Ratsherr Dr. Plinke kündigt eine Ablehnung des Antrags 24-23685 an.

Ratsfrau Hahn kündigt eine Ablehnung des Antrags 24-23685 an.

Aus Sicht von Bürgermitglied Dr. Wendenburg hat der Antrag seinen Zweck durch Veröffentlichung der Analyseergebnisse erfüllt. Eine Beschlussfassung sei daher nicht mehr erforderlich.

Für Ratsherr Köster haben Verwaltung und BS|Energy mit der Veröffentlichung der Analyseergebnisse für eine hinreichende Transparenz Sorge getragen. Er kündigt eine Ablehnung des Antrags 24-23685 an.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über den Antrag 24-23685 abstimmen.

Beschlussvorschlag zu Antrag 24-23685:

Der Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig wird gebeten, sich in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG dafür einzusetzen, dass BS Energy ab sofort regelmäßig in einem praktikablen Turnus (mindestens monatlich) aktualisierte Trinkwasseranalysen in einem Online-Portal transparent veröffentlicht. Diese turnusmäßige Veröffentlichung der Messwerte soll zunächst für ein Jahr gelten.

Die Analysen sollen aus den drei relevanten Strömen:

1. Eckertalsperrenwasser
2. Avacon-Wasser Börßum
3. Mischwasser

sowie aus den zusätzlich betriebenen Brunnen

4. Förderbrunnen Halchter-Ohrum
5. Förderbrunnen Börßum-Heiningen

erstellt werden.

Gemäß § 41 TrinkwV (Trinkwasser-Verordnung) sind die exakten Proben-Entnahmestellen anzugeben. Es wird darum gebeten, die Daten entsprechend der Anlage 2 TrinkwV (chemische Parameter), Anlage 3 TrinkwV (allgemeine Indikatorparameter) sowie Anlage 4 TrinkwV (radioaktive Stoffe) zu erheben und zu veröffentlichen. Parameterstreichungen bzw. Verkürzungen dieser Listen sind zu begründen.

Bei Mischwasser ist zusätzlich das Mischungsverhältnis anzugeben.

Die Tabellen mit den Messwerten bleiben zunächst mindestens ein Jahr einsehbar.

Abstimmungsergebnis zu Antrag 24-23685 (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 0 dagegen: 11 Enthaltungen: 0

Ergebnis zu Stellungnahme 24-23685-01:

Die Stellungnahme 24-23685-01 wird zur Kenntnis genommen.

- | | |
|---|-------------|
| 4. Einrichtung einer E-Lademöglichkeit für Busse sowie eines Fahrer-WC an der Endhaltestelle Eutschenwinkel | 24-23727 |
| 4.1. Einrichtung einer E-Lademöglichkeit für Busse sowie eines Fahrer-WC an der Endhaltestelle Eutschenwinkel | 24-23727-01 |

Herr Pottgießer führt in die Vorlage 24-23727 in der Fassung der Ergänzungsvorlage 24-23727-01 ein.

Ratsherr Disterheft dankt der Verwaltung und der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) für die ausführliche Vorstellung der Vorlage 24-23727 in der Sitzung des Stadtbezirksrats 211 Braunschweig-Süd und korrigiert, dass sich der in der Sitzung des Stadtbezirksrats 211 gegebene Hinweis zum Gehweg auf dem Grundstück Eutschenwinkel 6 gegenüberliegenden Bereich bezieht.

Ratsherr Tegethoff begrüßt die Vorlage. Die ablehnende Begründung, das vorgesehene Personal-WC der BSVG für die Öffentlichkeit nutzbar zu machen, ist für ihn nicht nachvollziehbar. Er bittet die Verwaltung, die Möglichkeit zur Realisierung eines weiteren WCs sowie einer Trinkwasserentnahmestelle im Rahmen dieser Maßnahme intensiver zu prüfen.

Aus Sicht von Ratsherr Kühn ist die Begründung, die Nutzung der Toilettenanlage ausschließlich dem Fahrpersonal der BSVG vorzubehalten, nachvollziehbar. Denkbar ist für ihn, dass ggf. für eine öffentliche Nutzung eine separate Anlage errichtet wird. Ergänzend fragt er, ob die Möglichkeit einer Trinkwasserentnahmestelle mit geprüft wurde.

Herr Pottgießer erklärt, dass eine Trinkwasserentnahmestelle nicht vorgesehen ist.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg verweist auf die EU-Trinkwasserrichtlinie, deren Ziel es ist, allen Bürgerinnen und Bürgern im öffentlichen Raum Zugang zu qualitativ hochwertigem Trinkwasser zu ermöglichen. Daher erscheint es aus seiner Sicht sinnvoll, einen Trinkwasserbrunnen bei der vorgesehenen Maßnahme zu berücksichtigen.

Stadtbaurat Leuer sagt eine Prüfung zu, ob eine wirtschaftliche Umsetzung möglich erscheint.

Protokollnotiz: Eine Beantwortung erfolgt in Form einer Mitteilung außerhalb von Sitzungen (DS 24-23927).

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 24-23727 in der Fassung der Ergänzungsvorlage 24-23727-01 zur Abstimmung.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 24-23727-01:

„Der Planung und dem Bau der E-Ladestation sowie des Fahrer-WC am Buspausenplatz Eutschenwinkel wird gemäß den in dieser Vorlage dargelegten inhaltlichen Änderungen zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis zu Ergänzungsvorlage 24-23727-01:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5. Verzicht auf Planfeststellung für die signalisierte Querung der
Stadtbahntrasse und das Versetzen der Fahrleitungsmaste am
Hagenmarkt 24-23653

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 24-23653 ein.

Zur Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke, wann den Gremien eine übergreifendere Planung für die Verkehrsumgestaltung am Hagenmarkt vorgelegt wird, verweist Stadtbaurat Leuer auf den Ratsbeschluss über die Vorlage 20-14454-09, wonach der Neustart im Planungsprozess zur Umgestaltung des Hagenmarktes u.a. in dem Sinne erfolgte, dass die Planungen für die Bereiche Lange Straße, Hagenbrücke, Casparistraße und Bohlweg sowie für die Verkehrs- kreuzung am Hagenmarkt nicht geändert werden. Einzige Änderung ist der in dieser Vorlage dargestellte Überweg über die Stadtbahntrasse.

Protokollnotiz: Die Verkehrsplanung wird bei der Beratung der Vorlage 24-23733 (TOP 6) von Herr Pottgässer anhand eines Lageplans erläutert.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 24-23653 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Die Stadt als Trägerin öffentlicher Belange stimmt dem Verzicht auf Planfeststellung für die signalisierte Querung der Stadtbahntrasse am Hagenmarkt in Richtung Katharinenkirche und für die Verschiebung der beiden Fahrleitungsmaste unter Voraussetzung der Berücksichtigung und Umsetzung der Hinweise in Anlage 1 durch die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) zu.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

6. Hagenmarkt Neugestaltung des Platzbereiches um den Heinrichsbrunnen und Umbau der Kreuzung (Hagenbrücke, Wendenstraße, Fallersleber Straße, Bohlweg) 24-23733

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 24-23733 ein

Ratsfrau Mundlos erinnert an die im Jahr 2021 von sechs der acht Ratsfraktionen erzielte Einigung auf Eckdaten zur Umgestaltung des Hagenmarktes. Der in der Folge dann jedoch durchgeführte Wettbewerb habe zu Verzögerungen geführt und die Kosten erhöht. Das gesamte Verfahren beschreibt sie als zu lange, zu langsam und zu teuer und sie hofft, dass vergleichbare Projekte künftig besser umgesetzt werden. Für die Sanierung des Heinrichsbrunnens hätte sie sich die Einwerbung von Finanzmitteln 脿ber Stiftungen oder Bürgerinnen

und Bürger gewünscht, um eine Kostensenkung zu erreichen.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg hebt die Berücksichtigung von Schwammstadtelementen in der Planung positiv hervor. Auf seine Nachfrage zur Wasserpeicherfähigkeit erläutert Stadtrat Herlitschke, dass anstatt der ursprünglich geplanten Speicherbauwerke ein spezielles Substrat mit einem erhöhten Anteil von sog. Pflanzenaktivkohle verwendet werde. Diese speichere Wasser, gebe es kontrolliert in den Wurzelbereich ab und könne Nährstoffe halten. Dies ist aus Sicht von Stadtrat Herlitschke die bessere und preisgünstigere Lösung. Zu der von Bürgermitglied Dr. Wendenburg angeregten Berichterstattung verweist Stadtrat Herlitschke auf die bestehenden unterschiedlichen Positionen unter Fachleuten zum Umgang mit der Thematik „Schwammstadt“. Sofern die erwarteten positiven Effekte eintreten, kann die Planung ein Paradebeispiel für den Umgang mit der Thematik „Schwammstadt“ werden.

Ratsfrau Jalyschko trägt ebenfalls ihre Erwartung einer schnelleren Umsetzung künftiger Projekte hervor, sieht die Hauptverantwortung an der Verzögerung bei diesem Projekt jedoch nicht bei der Verwaltung. Eine von der Verwaltung vorgelegte Planung sei in den Gremienberatungen mit einer Wunschliste „überfrachtet“ worden. Der infolgedessen gestartete Wettbewerb ist aus ihrer Sicht der eigentliche Grund für die in diesem Planungsprozess eingetretenen Verzögerungen. Hinsichtlich der Überplanung der Verkehrsräume zeigt sie sich enttäuscht, dass in dieser Vorlage keine Planungen vorgestellt werden, da nach ihrer Kenntnis bisher noch kein endgültiger Beschluss über die Verkehrsplanung an diesem Knoten gefasst worden sei.

Herr Pottgießer stellt die Verkehrsplanung anhand eines Lageplans vor und erinnert, dass die Leistungsfähigkeit des Knotens bei einer Reduzierung der Fahrspuren anhand einer Mikrosimulation nachgewiesen und die Verkehrsplanung bereits vom Rat als Grundlage für den weiteren Planungsprozess beschlossen wurde.

Herr Pottgießer beantwortet verschiedene Fragen zur Planung.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth informiert Stadtbaurat Leuer, dass das Wasser des Heinrichsbrunnens keine Trinkwasserqualität haben werde, ein Trinkbrunnen auf der Platzfläche jedoch vorgesehen sei. Bei den von Ratsfrau Kluth thematisierten archäologischen Grabungen würde er es begrüßen, wenn die Grabungen nach Möglichkeit für die Menschen geöffnet werden könnten.

Stadtbaurat Leuer sagt auf Bitte von Ratsherr Kühn zu, den in der Sitzung gezeigten Lageplan als Anlage zum Protokoll zu nehmen.

Protokollnotiz: *Der in der Sitzung gezeigte und zur Umsetzung vorgesehene Lageplan wurde im Nachgang der Sitzung protokollarisch im Ratsinformationssystem Allris eingebunden: <http://ratsinfo.braunschweig.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=1082186>*

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 24-23733 zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem o. a. Investitionsvorhaben wird zugestimmt.

Die Gesamtkosten aller Projektbausteine (Platzraum, Straßenraum, Heinrichsbrunnen und Archäologische Untersuchungen) werden auf 7.351.000 € festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 7 dagegen: 3 Enthaltungen: 1

7. Anpassung Magniviertel: städtebauliche und verkehrliche Bewertung

24-23511

Herr Wiegel führt in die Vorlage 24-23511 ein und informiert über die Anmerkungen der Bürgerschaft Magniviertel e.V.

Ratsfrau Jalyschko vollzieht den Bedarf einer Durchfahrtsmöglichkeit für die Feuerwehr an der Stelle des Modal-Filters nach. Die vorgesehene Lösung empfindet sie jedoch als unbefriedigend. Da ein Modal-Filter aus Ihrer Sicht eine bauliche Lösung sein sollte, kann sie der Vorlage 24-23511 in diesem Punkt nicht zustimmen. Sie regt den Modal-Filter Kuhstraße als Pilotprojekt für versenkbare Poller in Braunschweig an.

Ratsherr Disterheft erklärt, dass im Plan keine Aufstellflächen für Drehleitern ersichtlich sind. Eine Breite von 3,50 m erachtet er als nicht ausreichend für Drehleitern, weshalb er um eine Stellungnahme der Feuerwehr bittet, wo diese Aufstellflächen Berücksichtigung finden.

Protokollnotiz:

„Grundsätzlich sind in dem beigefügten Plan keine Aufstellflächen für Drehleitern markiert.“

Die Aufstellflächen für die Drehleiter der Feuerwehr ergeben sich aus einer mit 16 t belastbaren Fahrspurbreite von mind. 3,5 Metern und in der Regel einem auf der jeweils gebäudeabgewandten Seite liegenden „hindernisfreien Streifens“ von 2,00 m Breite in Anlehnung an die Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr. Alternativ ist eine nutzbare Fahrbahnbreite von mind. 5,50 m für die Anleiterung auf beiden Straßenseiten ausreichend.

Im Magniviertel ergibt sich der „hindernisfreie Streifen“ aufgrund der historischen Bebauung und der engen Straßen oftmals durch den Fußweg, den die Feuerwehr mit nutzt.

Über die Aufstellfläche an dem Modal-Filter in der Kuhstraße liegen der Feuerwehr derzeit noch keine konkreten Zeichnungen vor. Auch hier wird sich nach derzeitigem Planungsstand voraussichtlich die Aufstellfläche aus einer Fahrspurbreite von mind. 3.50 m und der Nutzung „hindernisfreier Streifen“ ergeben.

Auf diesen „hindernisfreien Streifen“ werden von der Feuerwehr punktuelle Straßenmöblierungen bzw. Einbauten von einer Höhe bis ca. 1,20 m akzeptiert (z.B. Fahrradbügel, Sitzbänke etc.)

Stadtbaurat Leuer bestätigt auf Nachfrage von Ratsherr Kühn, dass über die Gestaltung des Modalfilters sobald möglich ein gesonderter Gremienbeschluss gefasst werden soll.

Ratsfrau Jalyschko beantragt eine getrennte Abstimmung über die drei in der Vorlage 24-23511 genannten Punkte.

Ratsfrau Kluth stellt fest, dass hierüber Einvernehmen besteht und lässt über die Vorlage 24-23511 getrennt abstimmen.

Protokollnotiz: Im Anschluss über die Abstimmung über die Vorlage 24-23511 unterbricht Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth die Sitzung von 17:44 Uhr bis 17:53 Uhr für eine Sitzungspause.

Beschluss:

„Das Erschließungs- und Verkehrskonzept Magniviertel wird entsprechend der im Sachverhalt beschriebenen Punkte 1 - 3 angepasst.“

Abstimmungsergebnis (getrennte Abstimmung):

Punkt 1) dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 2) dafür: 8 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

Punkt 3) dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Neubau der DB-Verkehrsstation in Bienrode

24-23643

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Vorlage 24-23643 ein.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 24-23643 zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zum Neubau der Verkehrsstation Bienrode die als Entwurf beigelegte Stellungnahme (s. Anlage 1) abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Mobilitätsentwicklungsplan - Strategische Hauptnetze	24-23510
9.1. Mobilitätsentwicklungsplan - Strategische Hauptnetze - Änderungsantrag	24-23510-01
10.2. Mobilitätsentwicklungsplan - Strategische Hauptnetze: Velorouten und Hauptverbindungsnetz Radverkehr	24-23791
10.2.1. Mobilitätsentwicklungsplan - Strategische Hauptnetze: Velorouten und Hauptverbindungsnetz Radverkehr	24-23791-01
10.3. Mobilitätsentwicklungsplan - Strategische Hauptnetze: Radschnellwege, Velorouten und Fahrradstraßen	24-23795
10.3.1. Mobilitätsentwicklungsplan - Strategische Hauptnetze: Radschnellwege, Velorouten und Fahrradstraßen	24-23795-01
10.4. Mobilitätsentwicklungsplan: Hauptnetze für Radverkehr, ÖPNV und MIV	24-23797
10.4.1. Mobilitätsentwicklungsplan: Hauptnetze für Radverkehr, ÖPNV und MIV	24-23797-01

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Vorlage 24-23510 ein.

Stadtbaudirektor Leuer erläutert auf Nachfrage von Bürgermitglied Dr. Schröter, dass grundsätzlich eine Trennung der Verkehrsarten vorgesehen sei. Wenn die Verbindungsfunction allerdings eine wichtige Rolle einnehme und keine Alternative zur Verfügung stehe, könne auf Teilstrecken ein geringerer Komfort vorhanden sein.

Auf Nachfrage von Ratsherr Tegethoff zu Veränderungen an den Hauptnetzen erläutert Stadtbaudirektor Leuer, dass ein Beschluss über die Vorlage 24-23510 zunächst nur die Entscheidung über die weitere Arbeit mit dem Modell darstellt. Das Modell selbst müsse aufgrund von künftigen Entwicklungen - z. B. durch neue Baugebiete oder Netzveränderungen (Straßenausbau, Stadtbahnausbau) - verändert werden.

Ratsherr Kühn bringt den gemeinsamen Änderungsantrag 24-23510-01 der Fraktionen von SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN ein und begründet diesen.

Ratsherr Wirtz kritisiert am Beispiel von drei Hauptverbindungswegen zur Erschließung von Nördlichem Ringgebiet und Schwarzer Berg die Maximalforderung, die in die weitere Bearbeitung gegeben werde. Aus seiner Sicht sind parallel in weniger als 1 km Entfernung verlaufende Verbindungen nicht Sinn der Verbindung von Stadtteilen, sondern Ausdruck einer erhöhten Bequemlichkeit. Das von Ratsherr Wirtz hierzu zum Vergleich herangezogene Netz des ÖPNV sei deutlich dünner.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler verlässt um 18:36 Uhr die Sitzung.

Stadtbaudirektor Leuer erläutert, dass die Dichte in der unterschiedlichen Struktur der Verkehrsmittel begründet liegt. So kann das Radverkehrsverbindungsnetz gegenüber dem ÖPNV und MIV u.a. viel kürzere Wege haben. Darüber hinaus wäre es beispielsweise finanziell nicht darstellbar, in einer vergleichbar hohen Dichte ÖPNV anzubieten.

Ratsherr Tegethoff spricht sich für die Annahme des Änderungsantrags 24-23510-01 aus.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg macht auf das Fehlen verschiedener Verbindungen der Stadtteile untereinander in der Übersicht „Strategisches Hauptnetz Rad“ aufmerksam. Er sensibilisiert, dass durch das Fehlen dieser Verbindungen das Risiko bestehen könne, keine Fördergelder für künftige Radwege einwerben zu können.

Ratsherr Köster erklärt unter Bezugnahme auf die von Stadtbaurat Leuer in seiner Einführung ankündigte „Mitnahme aller Beteiligten“, dass diese nach Auffassung der CDU-Fraktion zumindest für diesen Beschluss mit seinen Auswirkungen nicht ausreichend stattgefunden habe. Er kündigt deshalb die Enthaltung der CDU-Fraktion bei der Abstimmung über den Änderungsantrag 24-23510-01 und die Vorlage 24-23510 an.

Ratsfrau Kluth weist darauf hin, dass auf einzelnen Strecken noch Verbesserungsbedarf besteht. Sie kündigt jedoch für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN die Zustimmung zur Vorlage auf Grundlage des Änderungsantrags 24-23510-01 an.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt den Änderungsantrag 24-23510-01 zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 24-23510-01:

Den in der Anlage zur Vorlage 24-23510 dargestellten strategischen Hauptnetzen für den Radverkehr, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und den motorisierten Individualverkehr (MIV) als Bestandteil des Mobilitätsentwicklungsplans 2035+ (MEP) wird zugesagt.

Der dargestellte Stand ist im Zuge der Evaluation des MEP mit dem Expertenkreis/der Begleitgruppe ab 2025 abzustimmen und fortzuschreiben, um aktuelle verkehrliche und gesellschaftliche Entwicklungen angemessen zu berücksichtigen.

Die Begleitgruppe wird nach dem Beschluss des MEP konstituiert und ersetzt die verschiedenen Gruppen (Expertenkreis, Lenkungskreis, Wissenschaftlicher Beirat) des Beteiligungsprozesses für den MEP. Einbezogen werden Vertretende u. a. aus der Wirtschaft, dem Handel und den Mobilitätsverbänden.

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 24-23510-01:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

Ergebnis zu Anfrage 24-23791-01:

Die Stellungnahme 24-23791-01 wird zur Kenntnis genommen.

Ergebnis zu Anfrage 24-23795-01:

Die Stellungnahme 24-23795-01 wird zur Kenntnis genommen.

Ergebnis zu Anfrage 24-23797-01:

Die Stellungnahme 24-23797-01 wird zur Kenntnis genommen.

10. Anfragen

- | | |
|---|--------------------|
| 10.1. Status Stadtbahnausbaukonzept: Einsatz von 2,65 m breiten Fahrzeugen auf 1100 mm Spurweite | 24-23794 |
| 10.1.1. Status Stadtbahnausbaukonzept: Einsatz von 2,65 m breiten Fahrzeugen auf 1100 mm Spurweite | 24-23794-01 |

Ergebnis:

Die Stellungnahme 24-23794-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.5. Mündliche Anfragen

10.5.1

Herr Wiegel informiert zur Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke, dass sich der Markierungsplan zu den von der Verwaltung in der Mitteilung 23-21275-03 angekündigten Piktogrammen auf dem Rüninger Weg derzeit in der Erstellung bzw. verwaltungsinternen Abstimmung befindet. Dieser Abstimmungsprozess werde in Kürze finalisiert und anschließend an die städtischen Dienstleister für Verkehrsanlagen zur Umsetzung gegeben. Der genaue Umsetzungszeitpunkt ist von der Auslastung des Dienstleisters abhängig.

10.5.2

Ratsherr Tegethoff fragt bezugnehmend auf das vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) geförderte Projekt „AcceleRAD“ des Deutschen Instituts für Urbanistik, ob die Verwaltung eine Bewerbung als Testkommune beabsichtige.

Herr Wiegel kündigt eine Bewerbung an, da trotz des derzeit nicht abschätzbar kurfristigen Aufwandes die Teilnahme zu wertvollen Erkenntnissen bei der Weiterentwicklung der Projektbearbeitung führen kann.

10.5.3

Ratsfrau Mundlos bittet die Verwaltung um eine Übersicht über aktuell bestehende sowie im Sommer bevorstehende Baustellen im Stadtgebiet mit Laufzeit und Umleitungsstrecken.

Stadtbaudirektor Leuer sagt eine Mitteilung außerhalb von Sitzungen als Information zu.

Protokollnotiz: Die Mitteilung wurde unter der Drs-Nr. 24-23926 veröffentlicht.

10.5.4

Ratsfrau Kluth fragt unter Hinweis auf die Mitteilung zum Tiefbauprogramm 2024 (24-23101) nach der prozentualen Höhe des für den Radverkehr verwendeten Anteils, um eine Aussage über die Bedeutung der Unterhaltungsmaßnahmen für die Fahrradinfrastruktur zu erhalten.

Stadtbaudirektor Leuer erklärt, dass das Differenzieren der einzelnen Kostenträger schwierig sei und eines erheblichen Personalaufwandes bedarf. Er ist der Auffassung, dass das Ermitteln einer belastbaren Zahl nur unter Einschränkung der Ressourcen für die Umsetzung der eigentlichen Maßnahmen möglich und daher nicht zu empfehlen sei.

10.5.5

Ratsherr Disterheft fragt nach einer Übersicht zum Fahrbahnwinterdienst mit den jeweiligen Prioritäten und ob Straßen, an denen Freiwillige Feuerwehren anliegen, in die Priorität 1 eingestuft sind.

Stadtbaudirektor Leuer sagt eine Beantwortung in Form einer Protokollnotiz zu.

Protokollnotiz: Ein Plan der Prioritäten ist über das Geoinformationssystem der Stadt Braunschweig (FRISBI) unter folgendem Link einsehbar: https://geoportal.braunschweig.de/Web-OfficeNet/synserver?project=FRISBI_FLEX&client=flex&view=Winterdienst.

Dargestellt werden die Prioritäten 1 und 2. Alle nicht gekennzeichneten Straßen befinden sich grundsätzlich in der Priorität 3.

Die Zuordnung der Straßen in die Prioritäten 1 - 3 für den Winterdienst erfolgt allein auf der Grundlage der Bedeutung der Straßen für die Erschließung des Braunschweiger Stadtgebiets. Hauptstraßen werden mit der 1. Priorität, Wohnsammelstraßen mit der 2. Priorität und Nebenstraßen mit der 3. Priorität geräumt. Einrichtungen wie z. B. Freiwillige Feuerwehren haben grundsätzlich keine Bedeutung für die Zuordnung der Prioritäten. Im Zuge der Evaluierung des Winterdienstes wurden auch die Erreichbarkeit der freiwilligen Feuerwehren dis-

kutiert. Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass eine Erhöhung der Priorität von Nebenstraßen derzeit aufgrund fehlender rechtlicher Grundlagen noch nicht angestrebt wurde.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 19:37 Uhr.

gez. Kluth
Kluth
- Vorsitz -

gez. Leuer
Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Herlitschke
Herlitschke
- Stadtrat -

gez. Ender
Ender
- Schriftführung -